



Das Volksbegehren für den Erhalt des Tempelhofer Flughafens hatte im Oktober begonnen und endet am kommenden Donnerstag

FOTO: ARTUR/PETERS

Die Berliner begehren auf

Von Ulrich Clauß

Wo kann ich denn hier mein Stimmchen abgeben? Das „Stimmchen“ ist weiblich, hochgewachsen, trägt Pelz und ist wie für einen Opernabend frisiert. Neben ihr schimpft es einen halben Meter tiefer unter einer Schiebermütze hervor: „Wat denn, wat denn, allet ausjebucht?“ Der Andrang zu historischen Führungen über den ältesten Verkehrsflughafen der Welt ist riesig. Im Hintergrund dröhnt eine Rockband. Trauben von Menschen drängen sich im Eingang von „Airbase 1“, dem Flughafenrestaurant des „Zentralflughafens“ Tempelhof, wo an diesem Samstag ein sehr gemischtes Publikum das „Dankeschön-Fest“ der Tempelhof-Initiative Icat feierte. Die Schallmauer von 170 000 Stimmen, Voraussetzung für den Volksentscheid, ist längst erreicht. Und auch das „Stimmchen“ zählt noch mit. Busshuttles bringen die Abstimmungswilligen in die Bezirksbürgerämter, die sogar am Wochenende geöffnet waren, bevor am kommenden Donnerstag Schlussbilanz gezogen wird.

Was vor Jahresfrist noch wie eine Art Heimatverein für Luftbrücken-Erinnerungen annahm, ist zu einer der wichtigsten Bürgerbewegungen in der Geschichte der Stadt geworden. Seit sich auch Wirtschaftsverbände, über 100 Bundestagsabgeordnete aller Parteien, namhafte Investoren aus dem In- und Ausland und zahlreiche Prominente für die Weiterentwicklung des Luftverkehrsstandortes Tempelhof starkmachen und die Bahn AG sich als Betreiber anbietet, hat Berlin auf einmal ein großes Zukunftsthema und der rot-rote Senat ein Problem. Denn der Regierende Bürgermeister von Berlin hat seine Koalition festgelegt: Von Tempelhof soll am 31. Oktober der letzte Flieger starten oder dort landen, das wird man sehen, im 60. Jubiläumjahr der Luftbrücke. Der eine Brückenkopf dieser gigantischen Versorgungsleistung gegen die totale Blockade der für ihre Freiheit hungerten und frierenden Frontstadt durch die Sowjets war das zuvor schon mythengezwängerte Flugfeld. Es ist der erste Zivilflughafen der Welt und Wiege der deutschen Lufthansa.

„Fürs Gewesene gibt der Kaufman nix“, sagt der Berliner Volksmund – und wo er recht hat, hat er recht. Oder? Kann das Gedenken an einen bis heute beispiellosen Akt von Solidarität der Westalliierten mit den Berlinern den Weiterbetrieb eines Flughafens

In der Hauptstadt ist der Protest gegen die Schließung des Stadtflughafens Tempelhof zur Massenbewegung angewachsen. Rund 200 000 Berliner stimmten jetzt für einen Volksentscheid, der die Rettung des legendären Standorts erzwingen soll. Bürgermeister Wowereit versucht beharrlich, den Willen des Volkes zu ignorieren – doch der Druck nimmt täglich zu

fens rechtfertigen, 60 Jahre später noch? Die Betriebskostendefizite, die potenziellen Gefahren innerstädtischen Flugverkehrs, ja sogar die Gefährdung des Flughafenneubaus Berlin Brandenburg International (BBI), weil die Schließung des Flughafens Tempelhof zwischen Berlin, Brandenburg und dem Bund vertraglich fixierte Voraussetzungen für die BBI-Planung war?

Aber Gewesenes kann große Macht entfalten, weit in die Gegenwart und Zukunft. Und wenn das Gewesene zum harten Standortfaktor wird, weil nun einmal große Geschichten von damals die Menschen auch heute noch ermuntern, etwas zu wagen, dann kann auch der Kaufmann mit dem Gewesenen rechnen – und gibt etwas dafür.

Vor zwei Jahren war da jedenfalls nichts als die Strahlkraft jener gloriosen Luftbrücke, die ein Häuflein Fans des Flughafens und kleiner Fliegerei zusammenkommen ließ und gegen die seit 1996 beschlossene Stilllegung des Flughafens Tempelhof mobilisierte. Aus dem Mythos von damals wurde mittlerweile ein Erntedankfest neuen Berliner Bürgersinns. Wo für gewöhnlich in der hauptstädtischen Hartz-IV-Metropole stadtbürgerliches Rationieren sich beschränkt auf die immer gleiche Litanei gegen Sozialabbau und die immer gleichen Rufe unter roten Fahnen nach mehr Geld vom Staat für dies und das, machen Berliner in Massen von 200 000 erstmals seit Langem wieder aus der eigenen Stärke – eben der von damals – ein Projekt vom morgen.

Schick trugen die professionell auftretenden Info-Hostessen der Bürgerinitiative am Samstag zur Riesenfete im Stewardessen-Look der Vierziger die „Hungerharke“ aus Stoff ans blaue Schiffchen gesteckt – ein Abbild des Luftbrückendenkmals, das vor dem Flughafen steht. Aber ansonsten ist aus der „Luftbrücken-Folklore“, wie vor Jahresfrist noch abfällig in rot-roten Senatskreisen gespottet wurde, eine sehr gegenwärtige Vision von einem innerstädtischen Dienstleistungsstandort geworden. Die Plakatwerbung der Schließungsgegner, längst in Händen einer Werbeagentur, schaltete um von Vergangenem auf Zukunft, von Luftbrücken-Reminiszenz auf Standortmarketing und Stadtentwicklung. Der Flughafen Tempelhof, als drittgrößter zusammenhängender Gebäudekomplex der Welt denkmalgeschützt und ohne Investitionskonzept ein Millionengrab in jedem Fall, könnte als innerstädtisches Infrastrukturjuwel entwickelt werden. Ein Plan, der dem Bundesfinanzminister Immanuel die Übernahme der

Flughafenbetriebskosten und Finanzgruppen 350 Millionen Dollar Investition für an die 1000 Arbeitsplätze wert wären. Die Bahn steht als Betreiber des Flughafens bereit, und bald jede Woche ist von Berliner Wirtschaftsverbänden ein wohlwollendes Szenario für den Zentralflughafen zu hören, wenn, ja, wenn er es bleibt – ein Flughafen eben, wenigstens für exklusive Geschäftsfliegerei und etwas mehr.

Daran aber scheiden sich die Geister – und kein Ausweg scheint in Sicht aus der Malaise, für den Regierenden Wowereit, der an der Aktenlage klebt und auch noch als Tempelhofer Kandidat vor langer Zeit einmal seinen Weg aus dem Bezirk ins Berliner Rathaus machte mit dem damals populären Versprechen, gegen den Tempelhofer Fluglärm vorzugehen. Das heute die Tempelhofer mehrheitlich – wie übrigens auch ganz Berlin repräsentativ befragt zu 70 Prozent – gegen die Schließung von Tempelhof sind, überlegt der Senat. Wie übrigens auch das nun durchgesetzte Volksbegehren, das den Senat allerdings nicht rechtlich bindet im Falle einer Mehrheit gegen die Stilllegung von Tempelhof. Ob der politische Druck reicht, die Entscheidung zur Schließung von 1996 zu erschüttern oder wenigstens Tempelhof nicht – übrigens ohne jede Not – schon im Oktober dieses Jahres unwiderruflich zu schließen, hängt von einem Stadtklima ab, das sich in diesen Wochen auch in anderer Sache ungemütlicher für den rot-roten Senat entwickelt.

Die Bürgerinitiative „ProReli“ streitet für die Wiedereinführung des Fachs Religion an Berliner Schulen. Der rot-rote Senat hatte dieses abgeschafft – eine viel kritisierte Entkirchlichungspolitik – und ein Einheitsfach Ethik stattdessen verordnet. Eine deutliche Mehrheit der Berliner tritt nach einer neuen Forsa-Umfrage dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler frei zwischen dem staatlichen Ethikunterricht und dem Fach Religion in Verantwortung der Kirchen wählen können. Es dürfe „kein staatliches Monopol auf die Vermittlung von Werten geben“, formuliert der evangelische Landesbischof Huber. So wird auch der in dieser Streitfrage geplante Volksentscheid ausgehen, das erwartet sogar der Senat selbst, während er den Volksentscheid gegen die Schließung von Tempelhof gerade erst beginnt, ernst zu nehmen. „Wir haben die Dynamik der Entwicklung des Volksbegehrens in Sachen Tempelhof wohl unterschätzt“, sagt Christian Gäbler, Verkehrsexperte und Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD im Berli-

ner Abgeordnetenhaus. Mit einer Mehrheit der Berliner Wahlbürger gegen die Schließung rechnet er aber nicht.

Mit den Grünen zusammen wollen SPD und PDS jetzt eine Gegenbürgerinitiative zum Laufen bringen. Das kommt reichlich spät und kann das größte Darstellungsproblem des Senats auch nicht lösen. Die Preisfrage ist nämlich: Was soll denn mit dem riesigen Innenstadtdreieck überhaupt geschehen, wenn der Flughafen geschlossen ist? Der Senat hat schlicht vergessen, ein Nutzungskonzept zu erstellen. Ab dem 1. November beginnt die nutzungslose Verwahrlosung des gesamten Komplexes, wenn er nicht



Mit einer großen Party wird das Finale des Volksbegehrens eröffnet

doch weiter befliegen und entsprechend bewirtschaftet und bewacht wird.

Die größte Oppositionspartei an der Spree, die CDU, hat sowohl die Causa Tempelhof als auch den Volksentscheid über die Wiederzulassung von Religionsunterricht inzwischen zu ihrer Sache gemacht. Zurzeit ist die Dynamik der Entwicklung auf ihrer Seite, sie hat zwei Themen und spricht in beiden Angelegenheiten mit Volkes Stimme. Das war nicht immer so geplant. Dass der rot-rote Senat von Klaus Wowereit auf gleich doppelte Art und Weise mit einem Bürgerentscheid unter Druck gesetzt wird, den zu Tempelhof sogar erklärterweise ignorieren will im Falle eines unliebsamen Ergebnisses, obwohl gerade dieser Senat sich für das plebiszitäre Element stark gemacht hatte, ist recht bemerkenswert. Und die Opposition kann und wird den von ihr eigentlich ungeliebten Volksentscheid jetzt als Steilvorlage gegen den Wowereit-Senat im Ganzen nutzen. Das hätte sie sich auch nicht träumen lassen. „Jetzt ist diese Möglichkeit da und wird genutzt“, sagt CDU-Oppositionschef Friedbert Pflüger. „Pure Ideologie“ nennt Pflüger das Festhalten des Wowereit-Senats am Schließungsentscheid für Tempelhof. „Den interessiert die wirtschaftliche

Brisanz dieser Angelegenheit gar nicht“, sagt Pflüger über den Regierenden Wowereit.

„Unverantwortliche Polemik“ nennt das Christian Gäbler, Verkehrsexperte und Parlamentarischer Geschäftsführer der regierenden SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Fronten sind verhärtet. „Wer Tempelhof nicht dichtmachen will, der öffnet Raum für Klagen gegen den BBI und gefährdet Zehntausende Arbeitsplätze in der Region“, so Gäbler. Diese Lesart der Rechtslage durch den Wowereit-Senat aber ist umstritten, unter anderem einem Gutachten des Bundesfinanzministers zufolge, der als Besitzer der Gebäude prüfen ließ, welche Optionen denn für Tempelhof bestehen. Denn der Flughafen kostet auch viel Geld, wenn gar keiner mehr fliegt. Das gesamte Gebäudeensemble steht ebenso wie das Rollfeld vor den Hangars unter Denkmalschutz, der jährliche Unterhalt geht in zweistellige Millionenbeträge. Auch Staatsrechtler Rupert Scholz sieht keine zwangsläufig negativen Folgen für das BBI-Projekt im Falle eines Weiterbetriebs von Tempelhof.

Und wer in dem immer wieder vom Berliner Senat als unumstößlich und maßgeblich berufenen sogenannten Konsensbeschluss von 1996 der drei Flughafengesellschafter Berlin, Brandenburg und Bund einmal nachliest, der findet dort unter Punkt 5 einen Beschlusszusammenhang, der gar nicht mehr besteht. Dort heißt es: „Keiner der gegenwärtigen oder zukünftigen Gesellschafter der BBF beabsichtigt, einen der vorhandenen Standorte Tempelhof oder Tegel als Flughafen weiter zu betreiben. Dieses wird eine der Vorgaben bei der Privatisierung sein“, so steht es da. Private Investoren sollten ihre Profiterwartungen nicht durch andere Flughafenkapazitäten gefährdet sehen. Es gibt aber gar keine privaten Investoren mehr, die etwas gefährdet sehen könnten, die öffentliche Hand baut selbst, die Privatisierung ist längst gescheitert. Und Überkapazitäten drohen nach der jetzigen Planung gleich gar nicht. Im Gegenteil: Wenn nur eine Landebahn blockiert ist, wie erst jüngst in London durch eine fehlgeleitete Maschine, wird der BBI mit seinen nur zwei geplanten Start- und Landebahnen nach Rostock, Hannover oder Leipzig umleiten müssen. Eine derart auf Kante genähte Auslegung der Kapazitäten gibt es in keiner anderen europäischen Metropole, rechnen unabhängige Fachleute vor und ziehen daraus den Schluss: Der Flughafen Tempelhof sollte schon aus Sicherheitsgründen in Betrieb bleiben.

Konklave der Kirchenfürsten

Von heute an sucht die Deutsche Bischofskonferenz nach einem Nachfolger für Kardinal Karl Lehmann – Der Favorit heißt Reinhard Marx

Von Gernot Facius

Das ist die spannendste Wahl eines Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) seit 21 Jahren. Auf alle bohrenden Fragen, ob er Nachfolger von Kardinal Karl Lehmann (71) werde, gibt Reinhard Marx (54), der neue Erzbischof von München und Freising, die gleiche ausweichende Antwort: „Ich halte nicht nach neuen Posten Ausschau.“ Das ist diplomatisch formuliert, das lässt alles offen, das greift dem Votum der rund 70 Erzbischöfe, Bischöfe und Weihbischöfe nicht vor, die sich heute im Würzburger Kloster Himmelspforten zu ihrer Frühjahrskonferenz versammeln, und das erhöht die Spannung um die „Wahl ohne Kandidat“. Marx gilt seit dem 15. Januar, dem Tag, an dem der seit 1987 amtierende Kardinal Lehmann, überraschend seinen vorzeitigen Rücktritt bekannt gab, als „Favorit“. Alternativ wurde

der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch (69) ins Spiel gebracht – für den Fall, dass sich das Gremium für eine Übergangslösung entscheidet. Zollitsch, so diese Spekulation, könnte spätestens in sechs Jahren den Platz für Marx frei machen. Bis dahin hätte sich der gebürtige Westfale, der als Münchner Erzbischof automatisch Vorsitzender der Bayerischen Bischofskonferenz ist, gut in sein neues Amt eingearbeitet. Marx schon jetzt in einer Dreifachrolle – würde da nicht zwangsläufig sein Erzbistum zu kurz kommen? Diese Frage wird selbst in seinem Umfeld gestellt. Denn München-Freising, das mussten die Vorgänger Friedrich Wetter, Joseph Ratzinger und Julius Döpfner erfahren, ist eine schwierig zu regierende Diözese.

Lehmans Stellvertreter, der Aachener Bischof Heinrich Mussinghoff (67), hat freilich schon das Stichwort für ein anderes Szenario geliefert. Er plädiert für einen Ge-

nerationswechsel. Ihm möchte auch er sich unterwerfen. Die sinnvollste Lösung wäre für ihn, wenn „ein komplett neues Team“ an die Spitze träte. Das heißt, es müsste auch über den Posten des Sekretärs, bisher der Jesuitenpater Hans Langendörfer (56), entschieden werden. Am Wochenende haben sich die Bischöfe in ihren regionalen Zirkeln getroffen; die südwestdeutschen Oberhirten mit Lehmann im Remstal. Sollte es dabei zu einem Konsens über das Wahlverfahren und einen „Kandidaten“ gekommen sein, könnte der Nachfolger schon am Dienstagmittag feststehen. Für die ersten beiden Wahlgänge ist allerdings Zweidrittelmehrheit vorgeschrieben, danach genügt die einfache Mehrheit.

Als zu alt für das Amt gelten die Kardinaläle Joachim Meisner (74) und Georg Sterzinsky (72). Meisner, Speerspitze des betont konservativen Flügels, fände ohnehin keine Mehrheit. Sterzinsky, Erzbischof von Berlin,

gab bekannt, dass er einen persönlichen Favoriten bereits gefunden habe, behielt den Namen aber wohlweislich bei sich. Der Hamburger Erzbischof Werner Thissen (69) wünschte sich einen „sensiblen Vermittler“ und anerkannten Theologen. Unter Anspielung darauf, dass die Lehmann-Vorgänger abwechselnd aus Köln und München gekommen seien, fügte Thissen den interpretationsfähigen Satz hinzu: „Das ‚Pingpong‘ zwischen Köln und München halte ich für möglich, aber nicht zwingend notwendig.“

Öffentlich auf einen Namen festlegen mochte sich kein Mitglied der DBK. Denn bei der freien und geheimen Wahl hinter Klostermauern sind Überraschungen nicht auszuschließen. Das war schon so, als 1987 nicht Kardinal Wetter (München), sondern der damals „einfache“ Bischof Karl Lehmann aus Mainz zum Nachfolger von Kardinal Joseph Höffner (Köln) gewählt wurde. In der DBK haben die Weihbischöfe mehr

Stimmen als die Diözesanbischöfe. Es steht 41 gegen 27. Schon bei der Überraschungswahl 1987 wurde geräumt, Lehmann verdanke seinen Sieg den Weihbischöfen. Nach dem Statut der Konferenz kann zwar keiner von ihnen zum Vorsitzenden aufsteigen, aber rein rechnerisch sind sie in der Lage, die Wahl zu entscheiden. Schlägt also in Würzburg die Stunde der „Hilfsbischöfe“, wie die Weihbischöfe nach dem Kirchenrecht genannt werden?

Absolut zurückhaltend, was die Person seines Nachfolgers angeht, zeigt sich Kardinal Lehmann. Er hat seine vorzeitige Demission mit seiner angegriffenen Gesundheit begründet; ursprünglich wollte er sich erst im Herbst zurückziehen. Lehmann sagt, was auch andere Bischöfe so sagen: Der neue Mann müsse ein eigenes Profil entwickeln. Aber dann geht er doch etwas weiter. In der Öffentlichkeit, meint er im WELT-Gespräch, erscheine der Vorsitzende wie die Spitze ei-

ner Pyramide, „das ist er nicht“. Er hoffe auf eine Art „Entflechtung“, was die öffentliche Präsenz angehe, „dass auch andere Bischöfe stärker gehört werden“. Damit würde die innere Pluralität des Episkopats zur Geltung kommen. Gleichzeitig räumt Lehmann ein, dass ihm nicht bei jeder Äußerung von Mitgliedern der DBK wohl gewesen sei. „Manchmal habe ich mich auch geärgert. Aber mir war und ist die Freiheit eines jeden Bischofs, alles sagen zu können, wichtig.“ Dass er von dieser Freiheit selber Gebrauch machen werde, daran lässt der Kardinal keinen Zweifel. Er ist zwar vom 18. Februar an nicht mehr der große Moderator und Koordinator, aber unter dem Verlust des Spitzenamtes wird seine Kommunikationsfähigkeit nicht leiden. Und im Kreis vertrauter Gesichter freut er sich über seine künftige Sonderstellung: Es gab noch nie einen ehemaligen Vorsitzenden in der Bischofskonferenz, alle sind vorher gestorben.